

Eine parlamentarische Monarchie ist kein „Faschismus“: Exil-Iraner demonstrieren am 10. Januar in Hamburg für eine Rückkehr des Schah / picture alliance / NurPhoto | Ashkan Shabani

Zukunft des Iran

Die vier desaströsen Fehlentscheidungen der iranischen Linken

Die iranische Linke setzte 1979 auf Ajatollah Khomeini statt auf demokratische Reformen. Später sah sie den „Reformislamisten“ Khatami als Hoffnungsträger. Heute steht sie kurz davor, ihren nächsten historischen Fehler zu begehen.

VON WAHIED WAHDAT-HAGH am 12. März 2026 13 min

0:00 / 17:08

Die iranische Linke leidet an einer historischen Erstarrung. Über Jahrzehnte hat sie zentrale politische Erfahrungen verdrängt oder verzerrt, und sie zeigt bis heute nur begrenzte Bereitschaft, daraus Konsequenzen zu ziehen. Natürlich gibt es nicht die eine iranische Linke. Doch die dominierenden Deutungsmuster bleiben meist von alten ideologischen Reflexen geprägt. Einige Intellektuelle sind säkulare Republikaner und kämpfen gegen die Monarchie, andere haben ihre Positionen inzwischen revidiert und erkennen, dass eine Opposition ohne politische Führung kaum

in der Lage sein wird, in den ersten Monaten nach einem Zusammenbruch der Islamischen Republik einen stabilen demokratischen Übergang zu organisieren. Daher unterstützen sie Reza Pahlavi, der gegenwärtig als Bürger eine Übergangsphase leiten will.

Wer war Mossadegh?

Der erste große historische Fehler, wenn nicht Lüge, betrifft die Deutung der politischen Rolle von Mohammad Mosaddegh. Mossadegh, Gründer der Nationalen Front des Iran, war von 1951 bis 1953 Premierminister unter dem Schah Mohammad Reza Pahlavi. In der politischen Mythologie vieler linker Milieus erscheint er bis heute als eine Figur des antikapitalistischen oder zumindest proto-sozialistischen Widerstands. Diese Lesart verfehlt jedoch den Kern seiner Politik.

Mossadegh war mitnichten ein Sozialist. Er war ein Nationalist im klassischen Sinn und ein Konstitutionalist. Sein politisches Ziel war kein sozialistischer Staat, sondern eine parlamentarische Monarchie, also eine demokratisch kontrollierte Monarchie, eingebettet in eine funktionierende demokratische Verfassungsordnung. Sein berühmtester politischer Schritt, die Nationalisierung der Ölindustrie, entsprang nicht einer sozialistischen Doktrin, sondern einem souveränitätspolitischen Impuls, der Iran solle über seine eigenen Ressourcen verfügen. Ein zentrales Problem bestand darin, dass der Iran nicht über ausreichend Technologie, Fachpersonal, industrielle Infrastruktur und Kapital verfügte, um große Ölraffinerien selbstständig zu betreiben oder neue Anlagen zu bauen. Das Land war daher gänzlich auf westliche Technologie und Ingenieure angewiesen.

Lesen Sie auch



C+ **Krieg gegen den Iran**

„Die Operation läuft absolut nach Plan“

Doch im geopolitischen Klima des Kalten Krieges wurde dieser Schritt sofort ideologisch überformt. Die Nationalisierung wurde von Moskau und seinem iranischen Verbündeten, der Tudeh-Partei, als antiwestlicher Akt interpretiert und propagandistisch in die Nähe des Sozialismus gerückt. Paradoxerweise griff auch Großbritannien dieselbe Deutung auf, allerdings mit entgegengesetztem Vorzeichen. Was auf der einen Seite als antiimperialistischer Fortschritt gefeiert wurde, erschien auf der anderen Seite als potenzieller Schritt in Richtung sowjetischen Einflusses.

Der Iran selbst geriet damit zwischen die geopolitischen Frontlinien des Kalten Krieges. Die konstitutionellen Kräfte des Landes, parlamentarische Monarchisten wie Mossadegh selbst ebenso wie Royalisten, wurden in ein globales Machtspiel hineingezogen, das ihre eigenen politischen Projekte überlagerte. Die Sorge vor einem möglichen Eingreifen der Sowjetunion war keineswegs eine reine Fantasie der Amerikaner. Viele linksintellektuelle Stimmen bestreiten diese Gefahr bis heute. Spätere Ereignisse sprechen jedoch eine andere Sprache. So zeigte etwa die sowjetische Invasion in Afghanistan im Dezember 1979, dass eine militärische Expansion durchaus zum strategischen Denken der sowjetischen Führung gehörte.

Die moskauorientierte Tudeh-Partei versuchte jedenfalls, Mossadeghs nationalistische Politik für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Sie unterstützte seine anti-britische Linie und hoffte gleichzeitig, ihn langfristig in die politische Umlaufbahn der Sowjetunion zu ziehen. Mossadegh selbst blieb davon jedoch weit entfernt, seine politische Orientierung blieb national, parlamentarisch und verfassungsrechtlich und gar phasenweise proamerikanisch.

Lesen Sie auch



C+ Iranische Autorin Fariba Vafi

„Die Iraner zeigen Angst, Ratlosigkeit und leise Hoffnung“

Gleichzeitig formierte sich im Inneren eine starke royalistische Gegenbewegung, die bereit war, auf ein demokratisches Parlament zu verzichten. Die parlamentarische Monarchie unter Mossadegh, ein politisches Experiment, das durchaus das Potenzial für eine demokratische Entwicklung gehabt hätte, zerbrach letztlich nicht an einer einmarschierenden fremden Armee, sondern an den inneren Machtkämpfen des Landes. Royalistische Kräfte, die von Großbritannien und den Vereinigten Staaten finanziell unterstützt wurden, setzten sich durch, ohne jedoch bis 1979 eine stabile parlamentarische, demokratische Monarchie zu etablieren.

Hinzu kam die strukturelle Zersplitterung der oppositionellen Kräfte. Die iranische Linke war selbst tief fragmentiert, ein Teil orientierte sich an Moskau, ein anderer an Peking, kleinere Gruppen vertraten syndikalistische oder andere radikale Modelle. Gleichzeitig zerfiel auch die Nationale Front Mossadeghs in konkurrierende Strömungen, zwischen pro-klerikalen Kräften auf der einen Seite und sozialdemokratischen Reformern auf der anderen.

So blieb von dem konstitutionellen Projekt Mossadeghs am Ende vor allem eine historische Möglichkeit, der Versuch, nationale Souveränität, parlamentarische Institutionen und monarchische Tradition in eine demokratische Ordnung zu überführen. Dass dieses Projekt scheiterte, lag weniger an seiner inneren Logik als an der Überlagerung durch ideologische Konflikte, geopolitische Rivalitäten und inneriranische Machtkämpfe.

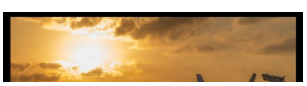
Wer war Bakhtiar?

Der zweite historische Fehler der Linken bestand im Verrat der Linken an dem Sozialdemokraten und Politiker der iranischen Nationalen Front, Schapour Bakhtiar, der im Jahr 1979 kurzzeitig Premierminister war. Bakhtiar war überzeugt, dass der Iran eine säkulare parlamentarische Monarchie brauche. Politisch fühlte er sich Mohammad Mosaddegh verpflichtet, dessen Tradition er fortführen wollte.

Dabei hatte Bakhtiar persönlich allen Grund, dem monarchischen System zu misstrauen. Seine Familie war vom Geheimdienst SAVAK keineswegs mit Samthandschuhen behandelt worden. Sein Vater war unter der Herrschaft von Reza Schah, dem Vater von Mohammad Reza Pahlavi, getötet worden. Bakhtiar selbst war unter Mohammad Reza Schah mehrfach inhaftiert worden, unter dem Druck des berüchtigten Geheimdienstes SAVAK.

Trotz dieser persönlichen Erfahrungen war Bakhtiar bereit, im letzten Moment zu versuchen, die autoritäre Modernisierungsdiktatur in eine parlamentarische Monarchie zu überführen. Er erkannte früh, dass die politische Mobilisierung des schiitischen Klerus eine enorme Gefahr für die Zukunft des Iran darstellte. In seinen Augen bot nur eine demokratisch kontrollierte parlamentarische Monarchie die Chance, die Machtübernahme des Klerus zu verhindern.

Lesen Sie auch



C+ Militärische Analyse des Iran-Krieges



„Was wirklich hinter den Operationsplänen steckt“

Die iranische Linke hingegen träumte von der sozialistischen Weltrevolution. Statt Bakhtiar zu unterstützen, stellte sie sich hinter Ajatollah Ruhollah Khomeini. Damit trug sie dazu bei, dass der Iran schließlich in eine religiös verbrämte totalitäre Diktatur überführt wurde.

Während der islamischen Revolution existierte kaum eine organisierte demokratische Opposition. Abgesehen von der ohnehin schwachen liberalen Bourgeoisie um Bakhtiar fehlte eine politische Kraft, die der klerikalen Bewegung wirksam hätte entgegentreten können. Er wurde zu spät eingesetzt und hatte nur 38 Tage Zeit, die Monarchie zu demokratisieren. Am Ende wurde er von allen Seiten verraten.

Bakhtiar selbst zahlte für seinen antiislamistischen Widerstand mit dem Leben. Am 6. August 1991 wurde er in seinem Exil in Paris von Agenten der Islamischen Republik ermordet. Wenig später folgte ein weiterer Akt staatlichen Terrors. Am 17. September 1992 verübten iranische Attentäter das Mykonos-Attentat in Berlin, bei dem mehrere iranisch-kurdische Oppositionspolitiker ermordet wurden, um nur zwei Beispiele von Hunderten Exilmorden weltweit zu nennen. Europa reagierte auf diese Verbrechen nur zögerlich und ohne nachhaltige politische Konsequenzen.

Wer war Khatami?

Der dritte desaströse Fehler der Linken bestand darin, dass sie in die Falle eines islamistischen Politikers wie Mohammad Khatami gerieten, der, getragen von geschickter PR und international anschlussfähiger Rhetorik, mit der Idee einer „islamischen Zivilgesellschaft“ punktete. Dieses Schlagwort klang für viele wie ein Versprechen: Modernisierung ohne Bruch, Öffnung ohne Revolution, Reform ohne Risiko. Gerade deshalb wirkte es so verführerisch. Doch der semantische Trick lag darin, dass Zivilgesellschaft hier nicht im klassischen Sinn von autonomen gesellschaftlichen Institutionen gegenüber dem Staat gemeint war, sondern als religiös gerahmte Diktatur, die ihre Legitimität aus einem angeblich sakralen, eher mörderischen, Ursprung ableitet. Es sollten islamistisch-konformistische gesellschaftliche Institutionen aufgebaut werden, die die Diktatur stabilisieren und als Stützpfeiler der totalitären Diktatur fungieren.

Khatami verteidigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die „Madinat al-Nabī“, also „die Stadt des Propheten“ – mithin die Herrschaftsordnung Mohammeds in Medina. Nach islamischer Überlieferung gehört zu den historischen Charakteristika dieser medinensischen Ordnung auch ein Ereignis, das sich mit modernen Kategorien von Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz kaum vereinbaren lässt: die Hinrichtung der erwachsenen Männer des jüdischen Stammes der Banu Qurayẓa im Jahr 627; zugleich wurden jüdische Frauen und Kinder versklavt.

Tatsächlich ging es um die Unterwerfung Andersdenkender und Andersgläubiger, weil die Betroffenen nicht Muslime werden wollten.

Khatami idealisierte ein Modell, dessen Überlieferung kollektive Bestrafung, Hinrichtung und Versklavung kennt, nicht als „Betriebsunfall“, sondern als erzählte und legitimierte Machtausübung. Genau das steht quer zu dem, was gemeinhin unter „Zivilgesellschaft“ verstanden wird. Man braucht sich jedenfalls nicht zu wundern, dass Khatami im Januar die Tötung von über 36.000 unbewaffneten iranischen Demonstranten befürwortete, weil die Betroffenen nicht konform mit der Islamischen Republik waren.

Lesen Sie auch



C+ Amerikanisch-israelische Angriffe auf den Iran

Terrorbekämpfung ist kein Streetworking

Diese begriffliche Verschiebung wurde besonders sichtbar, und wirkte auf viele Beobachter geradezu surreal, als Mohammad Khatami und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder auf einer Berliner Konferenz nebeneinander standen und beide von „Herrschaft des Gesetzes“ sprachen. Denn das identische Vokabular verdeckte zwei völlig verschiedene Referenzsysteme: Schröder meinte damit den deutschen Verfassungsstaat, parlamentarische Gesetzgebung, Gewaltenteilung, überprüfbare Gerichte, bindende Grundrechte – kurz: den Rechtsrahmen der Bundesrepublik. Khatami hingegen verwies, in der Logik seiner eigenen Programmatik, auf „Gesetz“ in einem religionspolitischen Sinn: auf das normative Modell, das er mit Medina und der Prophetenzeit assoziierte, also letztlich auf eine Ordnung, deren „Gesetz“ nicht primär vom souveränen Volk, sondern von einer als göttlich verstandenen Normativität her gedacht wird. Zwei Sprecher, ein Begriff und doch zwei inkompatible Bedeutungen.

Khatami gaukelte der Welt damit nicht nur eine Demokratisierung und Reformierbarkeit der totalitären Diktatur der Islamischen Republik vor; er setzte zugleich Signale, die die Grenzen seines Reformbegriffs offenlegten. Denn parallel zu seiner internationalen Dialog-Rhetorik gab es Positionierungen, die, je nach Kontext und Formulierung, eine harte Linie der islamischen Straf- und Sittenordnung nicht grundsätzlich in Frage stellten. Beispielsweise befürwortete er die Hinrichtung von Homosexuellen. In der öffentlichen Wahrnehmung konnte das dennoch untergehen, weil die Welt unbedingt einen „Hoffnungsschimmer“ sehen wollte.

Das Tragische ist, dass viele säkulare Republikaner, abgesehen von einigen wenigen Intellektuellen und Organisationen, die die Islamische Republik konsequent bekämpften, sich von dieser Reformrhetorik einfangen ließen. Und gerade weil ein großer Teil dieser Republikaner aus ex-kommunistischen Milieus stammte, war die Bereitschaft groß, einen „inneren Wandel“ der Islamischen Republik zu behaupten oder wenigstens zu hoffen: Reformislamisten als Übergang, Liberalisierung als Prozess. Die Konsequenz war politisch lähmend: Man verteidigte die Möglichkeit der Reformierbarkeit, und verschob damit den Fokus weg von der Strukturfrage der totalitären Macht.

Lesen Sie auch



C+ Der lange Schatten Irans

Zeitenwende in Nahost

Dabei ist die historische Ironie bitter: Viele jener Reformislamisten, die später als „moderate“ Ansprechpartner der Europäischen Union gehandelt wurden, galten in den 1980er Jahren als besonders eifrige Verfechter des Revolutionsexports, also der Finanzierung und Unterstützung externer militanten Netzwerke im Sinne der ideologischen Ausdehnung der Revolution, d.h. Förderung des Terrorismus. Wenn sie später „Reformen“ propagierten, konnte das, in einer realistischen machtpolitischen Lesart, auch als Strategie verstanden werden: weniger als Abkehr vom

System, sondern als Rekalibrierung des Systems, unter anderem über Wirtschaftsbeziehungen mit Europa, um die eigene Machtbasis zu stabilisieren und besser finanzieren zu können.

Wenn man diesen Zusammenhang ernst nimmt, wirkt die „islamische Zivilgesellschaft“ nicht wie ein Brückenschlag, sondern wie ein rhetorischer Hebel: ein Begriff, der im Westen Vertrauen erzeugt, während er im Inneren in eine Tradition eingespannt wird, die nicht zwangsläufig zu Pluralismus und individueller Freiheit führt, sondern zur Legitimation einer religiös verbrämten totalitären Herrschaft.

Was bedeutet eine parlamentarische Monarchie?

Gegenwärtig wird ein vierter großer Fehler begangen: Alle Monarchisten pauschal als „Faschisten“ zu etikettieren. Diese rhetorische Abkürzung wirkt zwar kämpferisch, sie ist realpolitisch kontraproduktiv. Sie ersetzt Argumente durch Stigma, und verhindert genau die Debatte, die ein Land wie Iran dringend bräuchte: die nüchterne Prüfung von Verfassungsmodellen, Machtbegrenzung und legitimer Herrschaft.

Dabei wird oft vergessen, dass Reza Schah, der erste Pahlavi-König, keineswegs als „geborener Monarchist“ startete. In der Selbstwahrnehmung vieler seiner Zeitgenossen war er eher ein Modernisierer und, unter dem Einfluss der jungtürkischen Bewegung, zunächst ein überzeugter Republikaner. Dass er am Ende den Thron bestieg, lag daran, dass der schiitische Klerus eine entscheidende Rolle spielte: Für große Teile des Klerus war die Republik eine westliche, importierte Staatsform, während man in der eigenen historischen Erfahrungswelt vor allem Könige kannte. Es war der Klerus, der Reza Schah seine Unterstützung nur zusprach, wenn er Monarch würde.

Vor diesem Hintergrund wirkt es fast folgerichtig, dass der Klerus nach 1979 die republikanische Verfassung des Iran so islamisierte, dass die neu ausgerufene „Islamische Republik“ zwar den Namen „Republik“ trug, aber keinen republikanischen Geist im Sinne moderner Volkssouveränität, Gewaltenteilung und rechtlicher Begrenzung der Macht hatte. Die Form, eher der Name, blieb und der Inhalt wurde umcodiert.

Lesen Sie auch



C+ Iran

Das Scheitern der Islamischen Revolution

Schon in der Konstitutionellen Revolution von 1905/06 wurde im Iran intensiv darüber gestritten, welche Ordnung tragfähig sei: eine Monarchie oder eine parlamentarische Monarchie. Doch bis 1979 wurde eine parlamentarische Monarchie im substantiellen Sinn nicht umgesetzt. Es stimmt: Bis 1979 gab es keinen pluralistischen Staat, und nach 1979 rutschte der Iran in eine religiös verbrämte totalitäre Diktatur. Diese doppelte Erfahrung, autoritäre Monarchie und totalitäre religiöse Diktatur, hat das politische Sensorium vieler Iraner geschärft und realistischer gemacht.

Denn Geschichte verläuft nicht linear. Es gilt nicht automatisch Fortschritt = Republik und Rückschritt = Monarchie. Wer sich ehrlich mit politischer Geschichte befasst, weiß: Es gibt diktatorische Republiken ebenso wie demokratische Monarchien. Entscheidend ist nicht das Etikett der Staatsform, sondern die Architektur der Macht: Rechtsbindung, freie Wahlen, Grundrechte,

unabhängige Gerichte, Medienfreiheit, Kontrollinstanzen.

Und wenn man überhaupt, bei aller Vorsicht gegenüber solchen Begriffen, von einer „Volksseele“ sprechen will, dann gehört zur iranischen Identität und gleichsam zur kulturpolitischen DNA dieses Vielvölkerstaates eine außergewöhnlich tiefe historische Prägung: Über 2500 Jahre Monarchie und Dynastiegeschichte haben das Selbstverständnis von Ordnung, Staatlichkeit und Legitimität geformt, nicht als romantische Verklärung, sondern als historische Erfahrung, die bis heute in Denkweisen, Symbolen und Erwartungen nachwirkt.

Lesen Sie auch



C+ Iran im Umbruch

Reza Pahlavi wird zur Stimme der Massen

Das bedeutet nicht, dass Monarchie „gut“ ist oder sein muss. Es bedeutet nur: Man kann eine so lange Traditionslinie nicht einfach mit einem Schlag aus der politischen Debatte tilgen, ohne Realitätsverlust zu riskieren, zumal Tausende Iraner nach einer nationalen Revolution rufen.

Genau hier wird die „Faschismus“-Rhetorik bedeutungslos, insbesondere dann, wenn sie auch parlamentarische Monarchisten trifft, die ausdrücklich eine konstitutionelle, rechtsstaatlich begrenzte Monarchie meinen. Mit dieser Pauschalverurteilung wird der Versuch unternommen, die Diskussion über alternative Modelle im Keim zu ersticken, etwa über eine parlamentarische Monarchie nach Vorbildern wie Spanien, Belgien, Großbritannien, den Niederlanden oder Schweden. Nicht weil diese Modelle perfekt wären, sondern weil sie zeigen, dass „Monarchie“ im 21. Jahrhundert auch schlicht eine symbolische Staatsoberhauptfunktion sein kann, während die demokratische Legitimation, Regierungsmacht und Gesetzgebung vollständig beim Parlament und den Wählern liegen, mit einem geradezu wahren republikanischen Geist.

Wenn aber schon das Aussprechen solcher Optionen als „faschistisch“ gebrandmarkt wird, dann ist das nicht antifaschistisch, sondern intellektuell autoritär: Und genau das wäre der vierte desaströse Fehler der Linken.

Säkulare Demokraten, die sich auf Mossadegh berufen, sollten zumindest nicht den Versuch torpedieren, unter internationaler Aufsicht ein Referendum darüber abzuhalten, ob die Mehrheit eine demokratische Republik oder eine demokratische parlamentarische Monarchie befürwortet, und danach ebenfalls unter internationaler Aufsicht eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen.

Mehr lesen über

Iran | Islamische Republik | Islamismus

Diskutieren Sie mit ▾

INNENPOLITIK

„Viele Menschen wissen nicht, wofür die FDP steht“

Politische Verfolgung trifft auf überlastete Justiz

Rathaus als Bühne für Islamisten

AUSSENPOLITIK

Besorgnis und strategische Interessen

Eine Zwischenbilanz des Iran-Krieges

Die USA wollen die Revolutionsgarden schwächen, ohne das gesamte Regime zu stürzen

WIRTSCHAFT

Irreversibel?

Nahost-Déjà-vu: Wiederholt sich die Wirtschaftgeschichte?

Moskaus große Chance?

KULTUR

Harald Burkart liest „Systemversagen“

Wenn Weimar aktuelle Politik begründen soll

Berlinale in Gefahr – aber anders, als man denkt

PODCASTS

Cicero Podcast Politik: „Die CDU hat die Kontroversen gescheut“

Cicero Podcast Politik: „Deutsche Iran-Debatte: Viel Hoffnung, wenig Realismus“

Cicero Podast Politik: „Frau Merkel hat Putin den Weg bereitet“

CICERO +

„Wir leben in einer Zeit kollektiver Denkstörung“

Zwischen Wählerauftrag und Brandmauer

Ketzer im Tempel